

Unterrichtung

durch die Bundesregierung

Entwurf eines Gesetzes zur Einordnung der Vorschriften über die Meldepflichten des Arbeitgebers in der Kranken- und Rentenversicherung sowie im Arbeitsförderungsrecht und über den Einzug des Gesamtsozialversicherungsbeitrags in das Vierte Buch Sozialgesetzbuch — Gemeinsame Vorschriften für die Sozialversicherung —
— Drucksache 11/2221 —

hier: Gegenäußerung der Bundesregierung zu der Stellungnahme des Bundesrates

Zu 1. (Artikel 1 Nr. 1 — § 1 Abs. 2 Satz 2 SGB IV,
Artikel 2 Nr. 22 — § 1386 Satz 2 RVO,
Artikel 3 Nr. 3 — § 113 Satz 2 AVG,
Artikel 4 Nr. 3 — § 130 Abs. 7 Satz 2 RKG)

Den Vorschlägen wird zugestimmt.

Zu 2. (Artikel 1 Nr. 5 — § 28f Abs. 2 Satz 3 SGB IV)

Dem Vorschlag wird zugestimmt.

Zu 3. (Artikel 1 Nr. 5 — § 28f Abs. 3 Satz 3 SGB IV)

Dem Vorschlag wird zugestimmt.

Zu 4. (Artikel 1 Nr. 5 — § 28o Abs. 2 Satz 1 SGB IV)

Dem Vorschlag wird zugestimmt.

Zu 5. (Artikel 1 Nr. 11 — § 95 Abs. 1
— Eingangsworte — SGB IV)

Dem Vorschlag wird zugestimmt.

Zu 6. (Artikel 1 Nr. 11 — § 95 Abs. 1 nach Nr. 1
SGB IV)

Die Bundesregierung wird den Vorschlag des Bundesrates im weiteren Verlauf des Gesetzgebungsverfahrens prüfen.

Zu 7. (Artikel 1 Nr. 11 — § 95 Abs. 4 SGB IV)

Die Bundesregierung wird den Vorschlag des Bundesrates im weiteren Verlauf des Gesetzgebungsverfahrens prüfen.

Zu 8. (Artikel 1 Nr. 12 — § 96 Abs. 1 Nr. 2 SGB IV)

Die Bundesregierung wird den Vorschlag des Bundesrates im weiteren Verlauf des Gesetzgebungsverfahrens prüfen.

Zu 9. (Artikel 2 nach Nr. 14, nach Nr. 16 — §§ 539, 575, 637, 655, 657, 770 RVO-, Artikel 19)

Zu a), b) und c):

Den Vorschlägen wird zugestimmt.

Zu d):

Die Bundesregierung beabsichtigt, im Zusammenhang mit der — getrennt von diesem Gesetzesvorhaben — vorgesehenen Neuregelung der Zuständigkeit für die Unfallversicherung der Schüler privater berufsbildender Schulen auch eine Regelung über den Unfallversicherungsschutz bei Maßnahmen zur Aufnahme in berufsbildende Schulen vorzuschlagen.